

Kleines Glücksspiel – Keine Rede mehr von Verbot

Vor vier Jahren haben sich alle Landtagsparteien in Kärnten dafür ausgesprochen, das Kleine Glücksspiel per Gesetz zu verbieten. Heute ist davon keine Rede mehr, das Land nimmt monatlich 350.000 Euro Steuergelder ein.

Kein Ausstiegsszenario

Bei einer Glücksspielenquete im März 2002 waren noch alle Parteien für einen kompletten Ausstieg. Im Landtag wurde ein eigener Ausschuss installiert, der das Ausstiegsszenario festlegen sollte. Heute gibt es den Ausschuss nicht mehr und auch kein Ausstiegsszenario.

350.000 Euro als überzeugendes Argument

Wie aus der zuständigen Abteilung der Landesregierung zu hören ist, ist der Ausstieg derzeit überhaupt kein Thema mehr. Der Grund dafür liegt auf der Hand: die 500 Automaten in Kärnten bringen dem Land im Monat 350.000 Euro an Steuereinnahmen.

Automatencasinos würden regelmäßig kontrolliert, es gebe einen eigenen Techniker, der die einarmigen Banditen auf Manipulationen hin untersuche. Missstände könnten so rechtzeitig erkannt und beseitigt werden, heißt es.

Nur in drei Bundesländern erlaubt

Kärnten ist eines von derzeit nur drei Bundesländern, in denen das Kleine Glücksspiel erlaubt ist. Die Firma Novomatic mit Sitz in Niederösterreich, die diese Automaten erzeugt und aufstellt, rechnet allerdings damit, dass schon bald – innerhalb der nächsten drei Jahre – auch andere Bundesländer die einarmigen Banditen legalisieren – und damit mehrere 100.000 Euro an Steuereinnahmen lukrieren könnten.

Andere Bundesländer „interessiert“

Entsprechende Signale gebe es bereits aus Salzburg und auch aus Niederösterreich, wo die Volkspartei damit argumentiert, dass durch die Legalisierung der einarmigen Banditen dem kriminellen Treiben in den Hinterzimmern ein Ende gesetzt werden könnte, so ein Vertreter der Automatenfirma.

Ein Argument, das auch in Kärnten immer wieder von jenen angeführt worden ist, die sich für das Kleine Glücksspiel und gegen ein Verbot stark gemacht haben.

Schaunig für Verbot des „Kleinen Glücksspiels“

Ein Verbot des kleinen Glücksspiels in Kärnten ist für SPÖ-Vorsitzende Gaby Schaunig noch nicht vom Tisch. Steuereinnahmen von 350.000 Euro monatlich seien kein Argument, das kleine Glücksspiel per Gesetz nicht zu verbieten, so Schaunig am Montag in einer Aussendung.